

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Anton Mahdalik, Armin Blind und Georg Schuster betreffend „Verhinderung gesetzwidriger Massenzuwanderung“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung auf Verlangen am 30. Jänner 2020

Im Regierungsprogramm 2020 - 2024 wurde von den Regierungsparteien unter anderem die Reform des europäischen Asylsystems vereinbart, das auf einem effizienten Außengrenzschutz aufbaue, und zum Ziel habe, den unkontrollierten Zuzug von Migrantinnen und Migranten nach Europa sowie die unrechtmäßige sogenannte Sekundärmigration innerhalb Europas zu verhindern.

Dazu bedürfe es vor allem rascher und qualitativ hochwertiger Asylverfahren und der Sicherstellung und Stärkung eines europäischen Außengrenzschatzes. Mechanismen zur Verteilung von Migranten/Asylwerbern innerhalb der EU seien demnach gescheitert, Österreich werde daher keine Initiativen in Richtung Verteilungsregeln setzen. Wer an der EU-Außengrenze bei der illegalen Einreise gestoppt wird, werde zwar versorgt, aber unter Einhaltung des Völkerrechts und der Genfer Flüchtlingskonvention in sein Herkunfts- oder das Transitland (oder sicheren Drittstaat) zurückgebracht. Intensivierte operative und strategische internationale Zusammenarbeit soll verstärkt Schleppereibekämpfung möglich machen.

Dazu ist die Novellierung des § 114 FPG in Bezug auf die organisierte Schlepperei festgeschrieben, um die derzeit bestehenden Lücken in der Strafbarkeit zu schließen: z.B. Schwierigkeiten beim Nachweis des Bereicherungsvorsatzes im Rahmen organisierter Schlepperei, als auch die Anhebung der Strafen bei organisierter und gewerbsmäßiger Schlepperei.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

MAGIS PRÄSIDIENDIREKTION
DER STADT WIEN
ABGELEHNT
Eing.: 30. JAN. 2020
PGL-100713-2020-KFP/604
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat ermutigt die Österreichische Bundesregierung in der Umsetzung rascher und qualitativ hochwertiger Asylverfahren, der Stärkung eines europäischen Außengrenzschatzes, in der Absage an eine Verteilung von Migranten und Asylwerbern innerhalb der EU, in der raschen Rückführung von illegal nach Österreich Eingereisten und bei der effektiven Bekämpfung des Schlepperunwesens.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.

[Handwritten signatures and initials, including names like Gida, Wenzel, Schmitt, and others]